

Transocean zahlt 1,4 Mrd.

USA Für Ölkatastrophe im Golf

Nach dem britischen Öl- und Gasmulti BP, dem Hauptverantwortlichen für die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko, hat sich jetzt auch der in der Schweiz domizilierte Tiefseebohrkonzern Transocean mit dem US-Justizdepartement auf eine Buss-, Straf- und Schadenersatzzahlung geeinigt. In einer Medienmitteilung vom Donnerstag nannte das Unternehmen dabei eine Summe von 1,4 Mrd. \$. Die Anleger reagierten positiv auf die Einigung: Die Aktien legten am Donnerstag bis Handelschluss 10,5% zu. Transocean gehörte die Bohrplattform «Deepwater Horizon», auf der sich am 20. April 2010 die Explosion ereignete, die elf Arbeiter das Leben gekostet und die zur grössten Ölpest in der Geschichte der USA geführt hat.

Die Zahlungen erstrecken sich über eine Periode von fünf Jahren und sollen aus Barmitteln sowie mit Geld aus dem laufenden Betrieb beglichen werden. Transocean bekannte sich schuldig, den Clean Water Act (CWA), das amerikanische Gewässerschutzgesetz, durch fahrlässiges Austretenlassen von Öl in den Golf von Mexiko verletzt zu haben.

Rund 2 Mrd. \$ zurückgestellt

Mit dieser Einigung unter dem CWA bringt Transocean ihre strafrechtlichen Verfahren (100 Mio. \$ Geldstrafe, 300 Mio. \$ Schadenersatzleistungen) sowie die meisten zivilrechtlichen Klagen (1 Mrd. \$ Geldstrafe) zum Abschluss. Schon vorher hatte ein US-Bezirksgericht entschieden, dass das Unternehmen nicht unter dem Oil Pollution Act belangt werden kann. Für die damit zusammenhängenden Kosten müsste BP aufkommen.

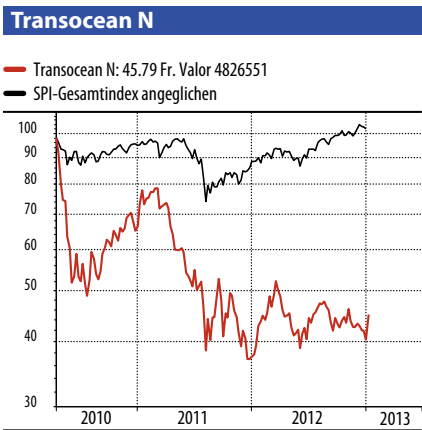
Der Konzern mit amerikanischen Wurzeln hatte früher gegenüber der US-Börsenaufsicht SEC erklärt, er diskutierte eine Zahlung in der Höhe von 1,5 Mrd. \$ zur Begleichung aller zivilen und strafrechtlichen Ansprüche. Transocean hat rund 2 Mrd. \$ zurückgestellt für alle Forderungen, die aus dem Unfall im Golf von Mexiko resultieren könnten.

Glückliches Ende einer Saga

BP, welche die Bohrplattform von Transocean gemietet hatte, hat sich schon im November mit dem US-Justizdepartement auf eine Zahlung von 4,5 Mrd. \$ geeinigt. Der Multi muss immer noch für Verletzungen des Oil Pollution Act geradestehen. Dafür drohen Strafgeelder von bis zu 20 Mrd. \$. Schliesst BP einen Vergleich mit den amerikanischen Behörden, könnte dieser Betrag deutlich tiefer ausfallen. Entschliesst sich der Öl- und Gasgigant jedoch zur Anfechtung der Anklagen vor Gericht, könnten ihm Bussen von bis zu 4300 \$ für jedes der 4,9 Mio. beim Unfall ausgelaufenen Fässer Öl blühen.

Die Einigung mit dem US-Justizdepartement bedeutet dagegen für Transocean das Ende der «Deepwater Horizon»-Saga. Sie ist günstig, weil die Vergleichssumme unter den dafür gemachten Rückstellungen liegt. Die Gewinnprognose von 3.22 Fr. pro Aktie für 2012 kann beibehalten werden. Interessierte Anleger können jetzt einen Kauf der Titel wieder wagen. Transocean ist führend im boomenden Geschäft der Tiefseebohrungen. Positiv dürfte sich die im vergangenen Jahr vorgenommene Umgestaltung der Flotte auswirken, die den Konzern schlanker, spezialisierter und rentabler macht.

MG



Alle Finanzdaten zu Transocean im Online-Aktienführer: fuw.ch/RIGN



BILD: SARA FRANCIS/AP US COAST GUARD/KEVSTONE

Die verunfallte Bohrinsel Kulluk liegt im aufgewühlten Golf von Alaska vor der Küste der Insel Sitkalidak auf Grund. Sie gehört dem Öl- und Gasmulti Royal Dutch Shell.

Havarie belastet Shells Arktispläne

INTERNATIONAL Bohrinsel läuft vor Alaska auf Grund – Kritiker warnen erneut vor Bohrungen im ökologisch sensiblen hohen Norden

MARTIN GOLLMER

Nach jahrelangen Vorbereitungen wollte Royal Dutch Shell im nächsten Sommer in den arktischen Gewässern im Norden von Alaska mit Erkundungsbohrungen beginnen. Jetzt droht die Havarie einer dort eingesetzten Bohrinsel das Vorhaben in Frage zu stellen. Umweltschützer sehen sich durch den Unfall in der Meinung bestätigt, dass Bohrungen in der Arktis zu gefährlich sind. Die Anleger sind jedoch zuversichtlich, dass der britisch-niederländische Öl- und Gasmulti die Herausforderungen meistern wird: Die Shell-Aktien legten in den Tagen nach der Havarie leicht zu.

Es geschah bei Wetter, wie es in dieser Region der Welt oft herrscht: Ein heftiger Sturm peitschte an Silvester die Wellen im Golf von Alaska haushoch auf. Da verlor das Schiff Aiviq, das die Bohrinsel Kulluk im Schlepp hatte, an Leistung und drohte abgetrieben zu werden. Um sich selbst und ihr Schiff nicht in Gefahr zu bringen, kappten die Seeleute der Aiviq daraufhin die Tauen zur Kulluk. Die Bohrinsel lief wenig später bei der unbewohnten Insel Sitkalidak, die zu den Kodiak Islands gehört, auf Grund.

Serie von Unfällen

Die Kulluk gehört Royal Dutch Shell, wird aber vom US-Bohrkonzern Noble Corp betrieben, der seinen Steuersitz im Kanton Zug hat. Die Bohrinsel wurde 1983 in Japan gebaut und über die vergangenen sechs Jahre mit Kosten von knapp 300 Mio. \$ für den Einsatz in den eisigen Verhältnissen der Arktis umgerüstet. Während Bohreinsätzen befinden sich rund 140 Personen auf der Anlage. Zur Zeit des Unfalls hielten sich nur 18 Leute auf der



Kulluk auf. Sie konnten evakuiert werden. Zudem befanden sich 563 000 Liter Dieselöl sowie 45 000 Liter Schmierstoffe für den eigenen Betrieb an Bord. Eine Inspektion der gestrandeten Bohrinsel ergab, dass keine dieser Flüssigkeiten ins Meer ausgelaufen ist. Ob und wie stark die Kulluk bei der Havarie beschädigt wurde, muss erst noch genau abgeklärt werden.

Die Bohrinsel war zur Zeit des Unfalls unterwegs zu Unterhaltsarbeiten in Seattle an der Pazifikküste. Die Kulluk wurde im vergangenen Sommer in der Beaufortsee eingesetzt, um eine Testbohrung zu machen. Eine andere Bohrinsel, die Noble Discoverer, bohrte westlich davon in der Tschuktschensee (vgl. Karte). An diesen Stellen will Shell im nächsten Sommer Erkundungsbohrungen durchführen.

Auch mit der Discoverer gab es Probleme. Sie riss im vergangenen Juli aus ihrem Ankerplatz vor den Aleuten in der Nähe der Südküste Alaskas und wäre beinahe in den Strand gekracht. In der vergangenen Woche enthüllt Noble, dass die US-Küstenwache Bedenken wegen «Män-



geln und Unterhaltsproblemen» geäussert habe. Ein Teil der Probleme sei indes bereits gelöst. Doch nicht genug: Im vergangenen September ereignete sich beim Testen eines Systems zum Zurückhalten von Öl ein Unfall. Ein Ventil versagte, worauf ein Kuppelgewölbe ins Wasser stürzte und eingedrückt wurde. Das System hätte in der Beaufort- und Tschuktschensee als sogenannte «vierte Verteidigungslinie» im Falle eines Ölunfalls eingesetzt werden sollen.

Die Havarie an Silvester gibt Kritikern der Ölsuche in der Arktis nun erneut Munition. Sie sagen, dass das extreme Wetter in der Region und deren Abgelegenheit Bohrungen und Materialtransporte sehr viel schwieriger als normal, ja gefährlich mache und ein einzigartiges Ökosystem bedrohe. Bohrungen vor der Nordküste Alaskas sind erst seit November 2011 wieder erlaubt. Zuvor galt ein Moratorium.

Shell ist der bisher einzige Öl- und Gaskonzern, der sich in die Arktis vorgewagt hat. Seit sechs Jahren treibt er die Vorbereitungen schon voran. Bisher wurden

über 4,5 Mrd. \$ aufgewendet. Für Sicherheitsbelange wurde eine Flotte von rund zwanzig Schiffen versammelt.

Weil die Herausforderungen im hohen Norden so gross sind, hat der in unwirtlichen Verhältnissen erfahrene norwegische Öl- und Gasmulti Statoil seine Arktispläne ein Jahr aufgeschoben. Der französische Konzern Total will sich gar ganz von der Arktis fernhalten, weil Bohrungen in der ökologisch sensiblen Region zu gefährlich seien: «Eine Ölpest vor Grönland wäre ein Desaster. Sie würde das Image des Unternehmens zu stark beschädigen», erklärte Total-CEO Christophe de Margerie im vergangenen Herbst.

Sagenhafte Reserven

Doch Shell lässt sich von solchen Erwägungen nicht abhalten. Sie hat die grossen fossilen Vorräte vor Augen, die in der Arktis lagern: Nach Schätzungen des US Geological Survey sind dort unter dem Meeresgrund 90 Mrd. Fass Öl und 47 Bio. Kubikmeter Gas verborgen – sagenhafte 22% der bisher noch unerschlossenen Öl- und Gasreserven der Welt. Wer jetzt auf die Aktien von Royal Dutch Shell setzt, wettet auch darauf, dass es dem Multi gelingt, diese Depots erfolgreich anzuzapfen.

Die Risiken sind dabei nicht nur klimatischer, geologischer oder technischer Natur, sondern auch politischer: Die Havarie an Silvester gibt Kritikern Aufwind, die Bohrungen in der Arktis anbieten wollen, bis die Konzerne nachweisen können, dass ihre Aktivitäten in der schwierigen Umgebung sicher sind. «Als je schlimmer sich der Unfall herausstellt, desto mehr könnten die Bohrpläne Shells in Alaska kompromittiert werden», schreiben die Analysten der US-Bank Wells Fargo in einer aktuellen Kurznotiz ihren Kunden.

Opec hat 1052 Mrd. \$ verdient

Die Kassen der Organisation ölexportierender Länder (Opec) klingelten im vergangenen Jahr wie noch nie. Grund ist, dass der **mittlere Preis für ein Fass Öl der Referenzsorte Brent trotz schwächelnder Weltkonjunktur im Jahr 2012 ein Höchst erreicht hat**. Die Durchschnittsnoteierung betrug 111.50 \$ pro Fass (zu 159 Litern). Der Referenzpreis schloss 2012 im Handel mit Ausnahme von 24 Tagen im Juni und Anfang Juli immer über 100 \$. Im Jahr davor hatte das Allzeithoch auf durchschnittlich 110.90 \$ pro Fass gelaute.

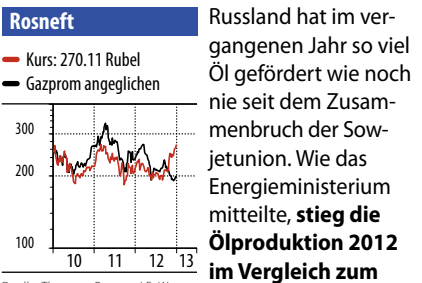
Im vergangenen Januar hatte der saudische Ölminister Ali Naimi gesagt, sein Land **ziele 2012 darauf ab, den Ölpreis im dreistelligen Bereich zu halten**. «Wenn wir als Produzent und Konsument im Mittel 100 \$ pro Fass erreichen, dann, denke ich, wird die Weltwirtschaft in einem besseren Zustand sein», erklärte der Minister. Saudi-Arabien ist der grösste Ölförderer unter den zwölf Mitgliedstaaten der Opec und ist aufgrund seiner bedeutenden freien Kapazitäten in der Lage, mit Produktionssteigerungen (oder

-kürzungen) den Ölpreis zu beeinflussen. Der hohe Ölpreis hob die Nettoeinnahmen der Opec-Länder 2012 gemäss Angaben der US Energy Information Administration auf **eine Spitze von 1052 Mrd. \$ in nominalen Werten** – 2,5% mehr als im vergangenen Jahr. Noch vor einem Jahrzehnt verdienten die Opec-Staaten nur knapp unter 200 Mrd. \$. Auch real, also angeglichen für Inflation, war der Verdienst des Kartells, das für rund ein Drittel der globalen Ölförderung verantwortlich ist, der höchste aller Zeiten und übertraf die Werte während der Ölkrisen 1973/74 und 1979 bis 1981.

Die riesigen **Einnahmen peppen die Staatshaushalte der Opec-Länder auf**. Mehrere unter ihnen haben im Gefolge der Unruhen des arabischen Frühlings die Sozialausgaben gesteigert. Der Internationale Währungsfonds schätzt, **dass beispielsweise Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate einen Ölpreis von etwa 80 \$ pro Fass brauchen**, um ihre Budgets auszugleichen. Vor einem Jahrzehnt betrug diese Schwelle noch 25 \$.

MG

Russland grösster Ölproduzent



Russland hat im vergangenen Jahr so viel Öl gefördert wie noch nie seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Wie das Energieministerium mitteilte, **stieg die Ölproduktion 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 1,3% auf total 518 Mio. Tonnen oder 10,4 Mio. Fass (zu 159 Liter) pro Tag**. Damit wurde der Rekord des Jahres 2011 noch übertroffen. Der Spitzenwert aus der Sowjetzeit belief sich auf 11,4 Mio. Fass im Jahr 1987. Wegen sinkender Nachfrage aus Europa **ging jedoch die russische Gasförderung 2012 um 2,3% auf 655 Mrd. Kubikmeter zurück**.

Russland bleibt damit vor dem Opec-Mitglied Saudi-Arabien grösster Ölproduzent. Das osteuropäische Land hat jedoch nicht die Fähigkeit des Staates am Persischen Golf, bei einer erhöhten Nachfrage die Ölförderung kurzfristig hochzufahren.

Der **Anteil des staatlich beherrschten Öriesen Rosneft am russischen Ölmarkt** wird nach der Übernahme des Konkurrenten TNK-BP im vergangenen Oktober von 22,8% im letzten Jahr auf mehr als 40% im Jahr 2013 anwachsen.

Beim führenden russischen Gaskonzern Gazprom fielen die Produktionszahlen von 513,1 Mrd. Kubikmeter im Jahr 2011 auf 478,8 Mrd. Kubikmeter. Gazprom bekam zum einen die sinkende Nachfrage der unter einer Wirtschaftskrise leidenden europäischen Länder zu spüren, zum andern die Bestrebungen der Europäischen Union (EU), sich unabhängiger von russischen Energielieferungen zu machen.

Die EU-Kommission (das Verwaltungsorgan der Europäischen Union in Brüssel) leitete im vergangenen Jahr **ein Wettbewerbsverfahren gegen Gazprom** ein. Sie verdächtigt den staatlich kontrollierten Konzern, «seine beherrschende Marktposition» bei der Gasversorgung in Mittel- und Osteuropa zu missbrauchen. Gazprom bestreitet die Vorwürfe.

MG